

# Halle'sche Zeitung

1919 Nr. 335

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Dorona monatlich M. 1,50, vierteljährlich M. 4,50 drei Bände. Durch die Post monatlich M. 1,65, vierteljährlich M. 4,95 außer Postgeb.

Morgen-Ausgabe  
Sonnabend, 12. Juli

Anzeigenpreis: Die Spalte 18 mm breite mm-Grundgröße 20 ct. Die Spalte 30 mm breite mm-Beleggröße 40 ct. Rabatt nach Cassi. Erfüllungsort Halle-Saale.  
Hauptstättelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Nr. Kurfürst Nr. 6290  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

## Die Rückkehr der Kriegsgefangenen

### Neueste Tagesnachrichten

- \* Montag früh beginnt der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich.
- \* Die Ueberreichung des Friedensvertrages an Oesterreich kann frühestens am kommenden Mittwoch erfolgen.
- \* Die Nationalversammlung berät das Kapitel Grundrechte und Grundpflichten in der Verfassung.
- \* Versner überreicht Clemenceau die Note, in der der Vollzug der Ratifikation gebittet wird.
- \* Die Verhandlungen der Sozialdemokraten und Unabhängigen in Sachen eines Neubaus der Regierung sind resultatlos verlaufen.
- \* Der Kaiser hat sich ehrenamtlich verpflichtet, Holland nicht zu verlassen.
- \* Micham ist wegen Hochverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Hefferich und Erzberger

#### Die Finanz-Milchwirtschaft der Revolution

Herr Erzberger hatte bekanntlich in der Dienstag-Sitzung der Nationalversammlung Herrn Hefferich, einen seiner Vorgänger in der Reichsfinanzverwaltung, in einer Form angegriffen, wie es nur Herr Erzberger fertig bringen konnte. Herr Erzberger, der leichtfertige alte Minister, nannte Herrn Hefferich den leichtfertigen alten Finanzminister. Herr Dr. Hefferich wendet sich jetzt gegen diese Bezeichnung und schreibt dazu in der „Streitsaitung“:

Wetren dem Prinzip der „Wolfsregierung“, alles Unheil auf das „fluchbeladene alte Regime“ abzuwälzen, hat es der Reichsfinanzminister Erzberger für richtig gehalten, nach Verantworflichkeit für das Finanzelend unter den Trägern jenes fluchbeladenen Regimes zu suchen. Gerade wie diejenigen, die unsere politische, militärische und moralische Kraft unterminiert haben, die ihr schieflich mit der Revolution und der Herrinerrung des Landes im Augenblick des Beginns der Waffenstillstandsverhandlungen den höchsten Vordruck bereit haben, die Schuld an dem ersten Weltkrieg über die deutsche Bevölkerung zu schieben, so hat auch Herr Erzberger, der sich abzuwälzen versuchen will, nämlich kennt nach Zeit und Melodie! Das bei der Umsonst nach finanziellen Sündenböden das Auge des Reichsfinanzministers Erzberger mit Wohlgefallen auf meiner geringen Person fallen bleibt, — wie wunderlich für darüber! Was ich nicht und Tapferkeit gegen Abweidende ist billig! Es werde ich denn der Mittelweg von dem durch diese bedächtige Personlichkeit und wohlabsichtene Vorrede bekannten Herrn Reichsfinanzminister Erzberger als der „leichtfertigen“ oder „Finanzminister“ präsentiert! Und das höchst geistungsunfähige „Berliner Tagblatt“, das die Erzberger-Rede schon drucken und besprechen konnte, ehe sie überhaupt gehalten war, jauchzt Beifall.

Ich kann tragen. Aber es geht auch hier nicht um Personen, sondern es geht um die große Sache der Wiedererrichtung und Befestigung unseres Vaterlandes. Und deshalb muß auch hier die revolutionäre Regenerdichtung meine Person auf das äußerste dahingegen weichen. Das die Sünden der Revolution finanziell an der Revolution, von Finanzpolitik kann man hier nicht sprechen! — einfach auf das Konto der Kriegsfinanzpolitik übertragen werden. Herr Erzberger wirft der Kriegsfinanzpolitik Leichtfertigkeit vor. Worin besteht die Leichtfertigkeit? Etwa in der Größe der Ausgaben?

Ich habe das Schatzamt am 1. Februar 1915 übernommen und am 31. Mai 1916 an meinen Nachfolger, den Grafen Redern, abgegeben. Im März 1915 betragen die Kriegsausgaben 2,035 Millionen Mark; im Mai 1916, dem letzten Monat meiner Amtsführung, 2,008 Millionen Mark. Die Ausgaben sind also in den 16 Monaten meiner Amtsführung nicht anwachsenden, und das trotz der in diese Zeit fallenden Ausdehnung der Kriegsschauplätze, der Vermehrung der Formationen, der steigenden Preise und der starken Ausdehnung der Produktion von Kriegsmaterial und Munition. Ich habe nach aufhorchende Wirtschaft gehalten. Ob die Männer, welche die Revolutionen von sich selbst sagen

können? Die durchschnittlichen monatlichen Kriegsausgaben während meiner Amtszeit als Schatzsekretär blieben etwas hinter dem Betrag von 2 Milliarden Mark zurück. Und die Revolutionsausgaben? Herr Erzberger spricht darüber wohlweislich. Aber ich kann es ihm nachrechnen. Seit dem 1. Dezember 1918 sind die aus außerordentlichen Deckungsmitteln bestrittenen, also die laufenden Einnahmen übersteigenden Ausgaben der Revolutionsregierung kaum nennenswert niedriger gewesen als 3 Milliarden Mark im Monatsdurchschnitt. 3 Milliarden Mark monatlicher Friedensausgaben der Revolutionsregierung gegen 2 Milliarden Mark Kriegsausgaben unter dem „Leichtfertigen aller Finanzminister“!

Der besteht also der Reichtum des „alten Regimes“ und speziell mein Reichthum darin, daß wir die sogenannte „Schwaben- und Schuld“ des Reiches, diese schwere und schiefliche Belastung unserer Reichsfinanzen, über Gebühr angehalten hätten? — Darauf kann ich nur schütteln: In den 16 Monaten meiner Amtszeit hat die schwebende Schuld, d. h. die Ausgabe von Reichsschatzweisungen, nur eine Vermehrung um etwa 2 Milliarden Mark erfahren. Bis zum Ausbruch der Revolution ist dann — nach meiner Zeit — der Umlauf von Reichsschatzweisungen auf 48 Milliarden Mark gestiegen; der größere Teil dieser Steigerung kommt auf die Periode Herling, in der die „Mehrheitspartei“ bereits munter mitregierte. Aber immerhin: die 48 Milliarden waren das Ergebnis von 31 Kriegsmoenten. Seither haben 8 Revolutionsmonate genügt, um unsere schwebende Schuld auf 72 Milliarden (1) zu erhöhen. Mit Revolutionsmonaten haben also die Ausgaben von 24 Milliarden Reichsschatzweisungen nötig gemacht! Genau halb so viel als 51 Kriegsmoenten! Wo ist die „Leichtfertigkeit“? Bei unserer Kriegsfinanzpolitik oder bei unserer Revolutionsfinanzanarchie?

Über meint schließlich Herr Erzberger mit dem Vorwurf der Leichtfertigkeit, daß unter dem „alten Regime“ die Steuererträge nicht rechtzeitig genug und nicht stark genug angesetzt worden wären. — Aber der läßt sich reden! Von jedem, außer von — Herrn Erzberger! Herr Erzberger bezieht sich zwar in dem billigen Rufum, heute so viel klüger zu sein, als wir alle damals in der ersten Zeit des Krieges waren. Aber gerade Herr Erzberger zeichnete sich damals dadurch aus, daß er noch weniger klug als voraussehend war als andere. Er hat sich damals meinen Ablichten, die Anleihepolitik durch Steuern zu ergänzen, bis zum letzten Augenblick entgegengekommen. Er wird das, wenn seine Bewusstheit, wieder einmal abzugeben wollen. Deshalb möchte ich noch ein Gedächtnis machen: Kurz vor der Befassung des Reichstages mit meinen Steuervorlagen, die ich gegen starke Widerstände aus dem Kreise meiner Kollegen, des Bundesrats und der führenden Reichstagsabgeordneten durchsetzen mußte, kam am Abend des 17. Januar 1916 der damalige Vorsitzende des Zentrums, Herr Dr. Ebnah, zu mir nach dem Reichstagsgebäude, und zwar direkt aus einer Sitzung seiner Fraktion, um mir auf das dringlichste nachzufragen, auf meine kategorische Ablehnung richtete er an mich die Frage, ob ich denn der Klügerbedingung durch den Kanzler hier sei. Auf meine etwas erlauchte Bejahung erwiderte er mir unter bedeutendem Kostspiel, in der Fraktionsführung habe ein Abgeordneter, den er nicht nennen konnte, berichtet, er habe an einer Konferenz beim Kanzler teilgenommen, in der die Frage der Kriegsteuern besprochen worden sei mit dem Ergebnis, daß der Kanzler schließlich anerkannt habe, eine Befestigung des Budgets durch die neuen Steuern müsse vermieden werden. Ich antwortete: „Der Abgeordnete heißt natürlich Erzberger, und die Angeordnete Sache ist natürlich Unfinn.“ — Der Abgeordnete hieß Erzberger und die Sache war schlimmer als Unfinn. Herr v. Bethmann, dem ich alsbald berichtete, war empört über Erzbergers Mitteilung an die Zentrumstagsfraktion. Es hatte beim ihm überhaupt keine Konferenz über die Steuervorlagen stattgefunden, sondern Herr Erzberger hatte ihn am Vormittag besucht und bei dieser Gelegenheit seine durchgänglichen Bedenken gegen die Kriegsteuern vorgebracht. Der Kanzler hatte ihn ablaufen lassen. Das hatte Herr Erzberger nicht gemindert, unter Berufung auf die Zustimmung des Kanzlers die Zentrumstagsfraktion gegen die Kriegsteuern zu alarmieren! Ich habe meine Feststellung bei Herrn v. Bethmann nach am gleichen Abend schriftlich an Herrn Dr. Ebnah zur Berichtigung in der Zentrumstagsfraktion mitgeteilt. Darüber, daß Herr Erzberger hier wieder einmal abgefahrt wurde, ob er begnügt will immer auf — Nebenwegen der Wahrheit wandelte, will ich nicht weiter reden. Es

bleibt hier nur die Konstatierung, daß der Mann, der leinerzeit das Betreten des Steuerweges mit solchen Mitteln zu verhindern suchte, heute den Vorwurf der „Leichtfertigkeit“ gegen diejenigen erhebt, die den Steuerweg nicht rechtzeitig und energig genug befruchteten hätten! So ist es mit der „Kreditwürdigkeit“ des Mannes bestellt, der den Kredit des Reiches wieder in Ordnung bringen soll!

### Am Montag beginnt der Rücktransport

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.“)

Genf, 11. Juli.

Der Berliner Telegraphen-Union zufolge hat Clemenceau den Befehl gegeben, mit dem Abtransport der Gefangenen am Montag früh zu beginnen. Die Uebernahme der Kriegsgefangenen soll im reichsdeutschen Gebiet erfolgen.

### Mahnung zur Blockadeaufhebung

Eine deutsche Note.

Berlin, 11. Juli.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Freiherr von Lersner, übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau am Donnerstag vor-mittag folgende Note:

„Der Gesandte beehrte ich mich, im Auftrag der deutschen Regierung mitzutheilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde zu dem am 28. Juni unterzeichneten Friedensvertrage, den dazu gehörenden Protokollen und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Befreiung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der abgeordneten Reichstages des Reiches am 9. Juli vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist mit besonderem Kurier nach Versailles abgegangen und wird von mir nach ihrem Eintritte alsbald übersandt werden.“

Die deutsche Regierung sieht nunmehr der Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten Blockademaßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die heimische Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen unversätlich in die Wege geteilt wird, und bittet, ihr auch hierüber baldigst Nachricht erteilt werden zu wollen.“

### Ein kaiserliches Ehrenwort

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.“)

Amsterd., 11. Juli.

Graf Reutich, in dessen Namen in Amsterdam der frühere Kaiser wohnt, erklärte Pressevertretern, der Kaiser habe sich der holländischen Regierung gegenüber auf Ehrenwort verpflichtet, in Amsterdam zu verbleiben, weshalb eine stärkere Bewachung unnötig sei. Der Kaiser habe den Wünschen seiner Familie entsprochen, das Schloß Amersfoort seit dem 15. Dezember überhaupt nicht mehr zu verlassen.

Genf, 11. Juli.

„Sant Deth Will“ werden die Militärgesandten zur Aburteilung der Deutschen, die wegen Verstoßes gegen die Kriegsgesetze bestraft sind, zur Verbannung der Todesstrafe befreit sein. Die Angehörigen dürfen sich ihre Verteidiger selbst wählen und Zeugen aus Deutschland und anderen Ländern benennen. Die Verhandlungen werden öffentlich sein.

### Die sächsische Regierung bleibt

Dresden, 11. Juli.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkswahlversammlung mit der Unabhängigen-Fraktion wegen der Neubildung der sächsischen Regierung sind resultatlos verlaufen. Die Unabhängigen stellen für die Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Parität bei der Befreiung der Ministerposten, Einführung des Räteprinzips und Bildung eines Arbeiterrats, also eines gewissen Nebenparlamentes.

Die sozialdemokratische Fraktion glaubte, auf diese Forderungen nicht eingehen zu können, und so haben sich die Verhandlungen mit den Unabhängigen zerlegt. Den gegenüberliegenden Augenblick also die demokratische Fraktion keine besonderen Wert mehr auf den Eintritt eines ihrer Mitglieder in die Regierung legt, was die gegenwärtige mehrheitlich sozialdemokratische Regierung vollständig am Abzug befindet. Im Laufe des Monats August sollen jedoch die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.





